

Verunsicherung der Marktteilnehmer bremst Wirtschaftswachstum

Die omnipräsente Staatsschuldenkrise im europäischen Raum gepaart mit hohen Energiepreisen drückt die Stimmung der deutschen Verbraucher. Hinzu kamen im zweiten Quartal 2011 die Folgen der Naturkatastrophe in Japan, die zu dem überstürzten Atomausstieg Deutschlands führten, und der Wegfall von Nachholeffekten in der Baubranche, so dass sich das Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) im Vergleich zum Vorquartal nur auf 0,1 v.H. belief.

Dieser niedrige Wert überraschte viele Experten und veranlasste sie, ihre Vorhersagen für das Jahr 2011 und 2012 leicht nach unten zu korrigieren. Die Medianprognose der in der Übersicht auf Seite 2 zusammengestellten Institute liegt bei 2,9 (2011) bzw. 1,1 v.H. (2012),

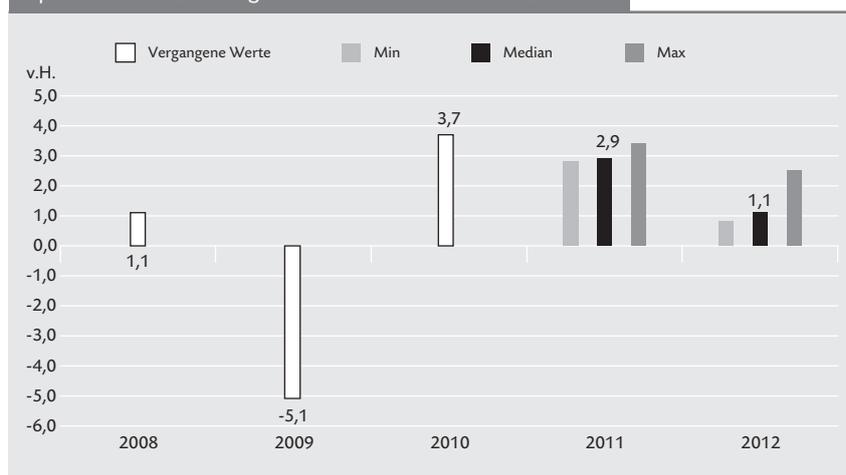
Hauptursache für den geringen Anstieg des BIP waren negative Wachstumsbeiträge des Außenbeitrags (-0,3 Prozentpunkte) und der privaten Konsumausgaben (-0,4 Prozentpunkte). Zwar haben die Exporte im Vergleich zum ersten Viertel dieses Jahres mit 2,3 v.H.

mehrt importiert. In Zukunft schlägt sich dies nach Einschätzung der Experten weiterhin im Export- und Importwachstum nieder, das sie im Median für 2011 mit 7,8 und 7,4 v.H. sowie für 2012 mit 4,7 und 5,9 v.H. beziffern.

Staatsschuldenkrise als Unsicherheitsfaktor

Der private Konsum leidet unter den Folgen hoher Energiepreise und der Verunsicherung, die derzeit die Märkte beherrscht. Die Stimmungsindikatoren zur deutschen Konjunktur zeigen im August eine deutliche Verschlechterung gegenüber den Vormonaten. Während die aktuelle konjunkturelle Lage in Deutschland überwiegend gut beurteilt wird,

Spektrum der BIP-Prognosen von Instituten und Banken



Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilungen der OECD, BHF Bank, Landesbank Berlin, Postbank, IffW, HWWI. Stand 13.09.2011

verglichen mit 3,5 bzw. 2,1 v.H. in unserer Juni-Ausgabe. Positiv trugen im zweiten Vierteljahr vor allem die Bruttoinvestitionen mit 0,7 Prozentpunkten zur Zunahme des BIP bei. Der größte Anteil hiervon fiel auf den Aufbau von Lagerbeständen.

zugelegt, das Importwachstum fiel mit 3,2 v.H. aber noch kräftiger aus. Hintergrund diese Entwicklung war u.a. die überraschende Abschaltung von acht Atomkraftwerken als Reaktion auf die Atom-Katastrophe in Fukushima. Dadurch wurde Strom seltener exportiert und ver-

IN DIESER AUSGABE

Verunsicherung der Marktteilnehmer bremst Wirtschaftswachstum	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
Ergebnisse der Augustumfrage 2011	4
Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft stabil	5
Zur Optimalität eines antizyklischen Arbeitslosenversicherungssystems ...	6
Über die Wechselbeziehung von Arbeitsmarktinstitutionen	8
Das Produktionspotential im Herbst 2011	10
Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum zukünftigen EU-Haushalt	12

sind die Erwartungen über den künftigen Verlauf pessimistischer. Im August 2011 bewerten 57 v.H. der Experten des ZEW-Finanzmarkttests die konjunkturelle Situation mit gut. Hingegen erwartet ein Großteil der befragten Finanzmarktexperten, dass sich die Konjunktur in Zukunft nicht verändert (45 v.H.) oder gar verschlechtert (46 v.H.). Ein ähnliches Bild zeigt der ifo Geschäftsklimaindex, welcher ebenfalls einen Rückgang der Erwartungen über die zukünftige Geschäftsentwicklung der Unternehmen verzeichnet, wohingegen die Beurteilung der aktuellen Lage einen Dämpfer auf hohem Niveau erfahren hat. In dem Rückgang der Erwartungen spiegeln sich erhebliche Unsicherheiten wider, die vor allem auf Unwägbarkeiten im internationalen Umfeld und weniger auf die tatsächliche wirtschaftliche Situation in Deutschland zurückzuführen sind.

Vor allem die internationale Staatsschuldenkrise erregt Besorgnis bei den Marktteilnehmern. Erstens wird durch den notwendigen Konsolidierungskurs eine Schwächung des BIP-Wachstums der europäischen Staaten erwartet. Durch den hohen Anteil des deutschen Außenhandels mit Europa könnte das negative Auswirkungen auf die Exporte haben. Zweitens tragen die Unruhen innerhalb des Euroraums zur Skepsis gegenüber der künftigen Entwicklung bei. Es lässt

sich immer noch kein klarer Kurs der Politik hinsichtlich einer neuen Organisationsstruktur der Währungsunion erkennen. Zudem werden Auswirkungen einer möglichen Einführung von Eurobonds auf Deutschland überwiegend negativ beurteilt. Möglicherweise hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Einführung von Eurobonds einen Riegel vorgeschoben. Drittens werden durch die Staatsschuldenkrise der USA und den damit einhergehenden Rezessionsängsten sowie die Herabstufung durch die Rating-Agentur Standard & Poor's die Unsicherheiten zusätzlich erhöht. Die erhebliche Verunsicherung zeigt sich in der volatilen Entwicklung der Finanzmärkte. Im August und Anfang September erlitt der DAX starke Kursverluste. Der Rücktritt von Jürgen Stark, Chefsvolkswirt der EZB, sorgte für einen drastischen Einbruch des DAX, der der Sorge um die Glaubwürdigkeit der EZB Ausdruck verlieh.

Positive Tendenzen in Deutschland

Trotz der eher pessimistischen Konjunkturerwartungen und den Risiken bestehen weiterhin Aussichten auf eine positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft. So konstatiert der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe

im Juni eine solide Auftragslage. Ferner ist der deutsche Außenhandel zwar stark abhängig von den europäischen Nachbarländern, jedoch hat der Handel mit China und anderen Schwellenländern an Bedeutung gewonnen. Dies kann zumindest zum Teil den Nachfrageausfall aus Europa und den USA kompensieren. Zudem stehen die Zeichen gut, dass der deutsche Binnenmarkt zu einer robusten Wirtschaftsentwicklung beiträgt, da sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt eine positive Dynamik zeigt. Zum einen zeichnet sich Deutschland durch einen hohen Beschäftigungsstand aus und zum anderen steigen die Löhne aufgrund höherer Tarifabschlüsse. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Arbeitnehmerentgelte im zweiten Quartal 2011 um 5,1 v.H. höher. Dadurch sind positive Impulse auf die Binnennachfrage zu erwarten, sodass neben der traditionell starken Außenwirtschaft, den zurzeit florierenden Investitionen auch von einem stabilen Wachstumsbeitrag des privaten Konsums zum BIP ausgegangen werden kann. Letzteres unterstützt die GfK-Konsumklimastudie für August 2011, die ausgehend von einem bereits hohen Niveau eine weitere Verbesserung der Anschaffungs- und Konsumneigung der deutschen Verbraucher konstatiert.

*Claudia Busl, busl@zew.de
Frauke Schleier, schleier@zew.de*

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2010, 2011 und 2012

	Statist. BA	OECD		BHF-Bank		Landesbank Berlin		Postbank		IfW		HWWI	
	2010	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
BIP, real	3,7	3,4	2,5	2,8	1,0	3,0	1,0	2,8	1,3	2,8	0,8	3,0	1,2
Privater Konsum	0,6	1,3	1,4	1,3	0,8	1,2	0,9	1,4	1,3	1,2	0,8	1,2	1,0
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,5	1,0	1,4	0,0	1,8	1,1	1,8	1,0	1,2	1,9	0,9	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	6,3	4,0	-	-	-	-	8,4	3,6	7,4	4,2	6,8	1,8
Exporte	13,7	10,4	7,7	7,2	2,6	7,9	4,9	7,6	4,8	7,7	2,8	8,2	4,5
Importe	11,7	8,0	6,7	5,5	1,8	6,9	6,4	6,6	6,2	8,1	5,2	7,9	5,6
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.553	-	-	-	-	-	-	-	-	41068	41289	-	-
Veränderung	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2	0,2	-
Arbeitslose (in Tsd.)	3.238	-	-	-	-	-	-	-	-	2984	2868	2980	2920
Arbeitslosenquote	7,7* 6,8**	- 6,0**	- 5,4**	7,0* -	6,5* -	7,0* -	6,6* -	7,1* -	6,9* -	7,1* -	6,8* -	6,8* -	6,6* -
Preisindex der Lebenshaltung	1,1	2,6	1,7	2,2	1,5	2,2	1,6	2,4	2,5	2,3	1,9	2,2	1,7
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	3,3	-2,10	-1,20	-1,8	-1,4	-1,4	-1,5	-2,0	-1,1	-1,2	-0,7	-1,5	-1,1

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. ** Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition. Quellen: Statist BA, OECD 08.09.2011, BHF-Bank 31.08.2011, Landesbank Berlin 24.08.2011, Postbank 24.08.2011, IfW 12.09.2011, HWWI 13.09.2011.

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Nach dem relativ starken Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Europa im ersten Quartal 2011 hat sich die Konjunktur leicht abgeschwächt. Die Wachstumsraten liegen aber nach wie vor im positiven Bereich. Der jüngsten Schnellschätzung von Eurostat zur Folge hat das BIP im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal sowohl im Euroraum als auch in der EU27 um 0,2 v.H. zugenommen. Im ersten Quartal 2011 lag die Zunahme noch bei jeweils 0,8 v.H. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2010 betrug die Zunahme jeweils 1,7 v.H. Im ersten Quartal 2011 lag der Anstieg des BIP im Vergleich zum ersten Quartal 2010 bei 2,5 v.H.

Verantwortlich für die leichte konjunkturelle Abschwächung sind in erster Linie die Beiträge der mitteleuropäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder die Niederlande. So lag das Wachstum des BIP im zweiten Quartal 2011 im Vorquartalsvergleich in diesen drei Ländern nahe bei 0 v.H., während es im ersten Quartal 2011 noch ungefähr 1 v.H. betrug. Zu einem Teil ist diese negative Entwicklung durch eine statistische Gegenbewegung als Reaktion

auf das exzellente erste Quartal 2011 zu erklären. Allerdings sprechen durchaus manche ökonomische Kennzahlen dafür, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den beiden letzten Quartalen 2011 ebenfalls höchstens geringfügig positiv sein wird.

So verzeichnen zum Beispiel die Auftragseingänge der Industrie im Euroraum im Juni 2011 einen Rückgang um 0,7 v.H. Ähnlich dazu zeigt der Stimmung Indikator auf Basis der Business and Consumer Survey, publiziert von der Europäischen Kommission, ebenfalls eine negative Tendenz. Stimmungs dämpfend wirken dabei laut Konjunktur experten unter anderem der Rückgang der konjunkturellen Dynamik in den Schwellenländern wie beispielsweise China sowie die geringen Wachstumsaussichten in den Vereinigten Staaten. Die nach wie vor ungelöste Schuldenproblematik einiger europäischer Länder trägt ebenfalls zur verhaltenen Konjunkturaussicht bei.

Die konjunkturelle Abschwächung hat allerdings den positiven Nebeneffekt, dass die Inflationsrate im Juli 2011 auf 2,5 v.H. gesunken ist. Im Juni 2011

lag sie noch bei einem Wert von 2,9 v.H. Da derzeit für die nächsten Monate eher mit einem leichten Rückgang der Inflationsraten gerechnet wird, besteht für die Europäische Zentralbank, nach einer Anhebung von 0,25 v.H. auf 1,5 v.H. im Juli 2011, derzeit keine Notwendigkeit einer weiteren Anpassung. Allerdings ist diese Einschätzung mit einer starken Unsicherheit über die tatsächliche Entwicklung der Inflationsraten behaftet. Sollte es zu keiner Anhebung der Leitzinsen kommen, trägt das damit niedrige Zinsniveau stabilisierend zur Investitionstätigkeit in Europa bei.

Ebenfalls stabilisierend wirken die aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit liegt seit März 2011 bei 9,9 v.H. im Euroraum und bei 9,4 in der EU27, nachdem sie in den Anfangsmonaten 2011 deutlich gesunken sind. Zwar wird sich die Nachfrage der Haushalte damit vermutlich nicht zum Wachstumsmotor des BIP entwickeln. Es besteht momentan aber ebenso keine Gefahr eines Einbruchs der Binnen nachfrage aufgrund eines Kaufkraftrückgangs der Haushalte.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
BIP, real	2,0	1,7	1,1	1,2	0,9	1,3	2,6	2,4	3,0	1,8	0,5	3,0
Privater Verbrauch	1,2	1,4	0,8	0,8	0,3	0,6	1,7	1,6	0,9	1,1	-2,5	-0,5
Investitionen	3,4	3,8	1,5	4,1	-4,9	-0,4	4,5	4,2	3,8	2,2	-10,5	0,5
Exporte	7,6	6,2	6,7	4,9	11,0	6,0	7,7	6,1	10,0	7,6	6,0	6,0
Importe	6,1	5,7	6,5	4,8	3,7	1,0	7,7	6,0	8,5	6,9	4,0	5,0
Verbraucherpreise	2,7	1,7	2,6	2,0	3,0	1,4	3,6	1,9	3,2	2,6	-1,0	2,8
Arbeitslosenquote	10,0	9,7	8,4	8,2	20,6	20,2	7,9	7,8	4,3	4,2	14,6	14,0
Beschäftigung	0,4	0,7	0,4	0,9	-0,6	0,9	0,8	0,7	0,8	0,7	-1,5	0,4

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		nachrichtlich GB	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
BIP, real	2,0	1,6	2,1	1,6	3,8	2,6	-2,1	-1,7	-3,8	0,6	1,3	2,0
Privater Verbrauch	0,5	1,0	1,3	1,4	2,7	2,0	-3,8	-3,5	-4,8	-1,2	0,8	0,7
Investitionen	7,0	4,4	4,5	4,9	6,3	6,4	-10,0	-6,0	-8,9	-1,5	5,5	4,8
Exporte	5,8	6,4	6,5	8,1	8,0	7,0	6,0	5,0	6,4	6,7	9,7	2,0
Importe	5,6	6,5	8,4	8,0	5,1	6,9	-4,7	-3,7	-4,0	-3,0	7,2	1,3
Verbraucherpreise	2,3	2,0	2,2	1,8	3,5	2,3	3,2	1,8	1,5	0,7	4,2	1,9
Arbeitslosenquote	4,2	4,0	9,5	9,2	7,9	7,4	12,3	13,0	15,2	15,3	8,0	7,8
Beschäftigung	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	0,7	-1,5	-0,9	-2,6	0,1	0,4	0,5

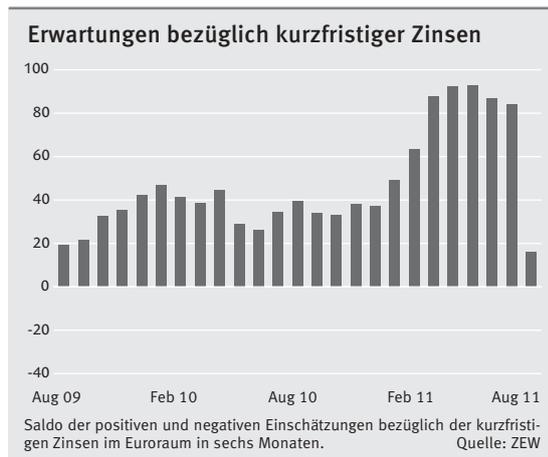
Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: Europäische Kommission, Brüssel. Österreich: Erste Bank, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: BFP, Brüssel. Niederlande: ABN AMRO, Amsterdam. Finnland: Nordea, Stockholm. Frankreich: BNP Paribas, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: UniCredit, Mailand. Portugal: BPI, Porto. Griechenland: NBG, Athen. GB: NIESR, London.

Stand: 29.8.2011

Ergebnisse der Augustumfrage 2011

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 400 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

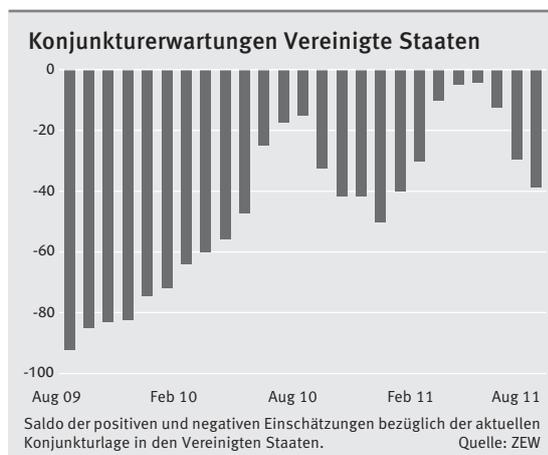
tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 08.08.-22.08.2011 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 26.08.2011) veröffentlicht.



EZB: Geldpolitik vor Paradigmenwechsel?

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in diesem Jahr den Leitzins in zwei Schritten von 1,0 auf 1,5 Prozent angehoben. Aus der Befragung wird nun deutlich, dass sich die Erwartungen in Bezug auf die EZB-Politik im August 2011 stark verschoben haben: Rechneten im Juli noch über 84 Prozent der Befragten mit steigenden Zinsen auf Halbjahressicht, so hat sich diese Zahl auf nun etwa 26 Prozent vermindert. Mit etwa 9,9 Prozent der Befragten gibt es erstmalig seit längerer Zeit wieder eine kleine Gruppe, die mit einer Korrektur der jüngsten Zinsentscheidung rechnet, also einer Senkung der Leitzinsen. Das Gros der Befragten (64,3 Prozent) geht inzwischen von einem Gleichbleiben des Leitzinses auf Sicht von sechs Monaten aus, und nicht mehr von einem Anstieg. Die Gefahr steigender Inflationsraten erachtet eine Mehrheit der Befragten derzeit als gering.

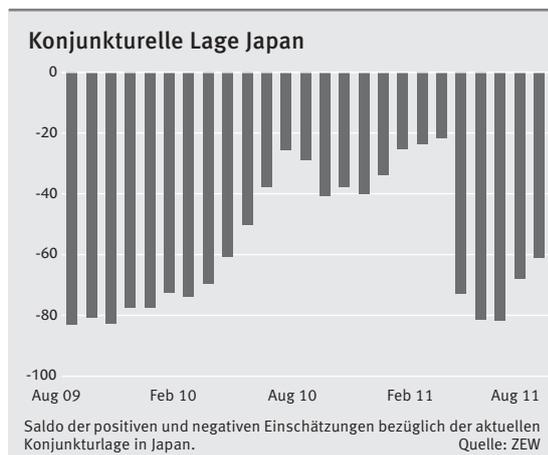
Christian D. Dick



USA: Verunsicherung lässt Erwartungen abstürzen

In den Vereinigten Staaten hat das politische Debakel um die Anhebung der Schuldenobergrenze für starke Verunsicherung gesorgt. Verschiedene Stimmungskennzeichen deuten auf breiter Front auf einen erheblichen Vertrauensverlust hin. Diese Stimmungseintrübung spiegelt sich zum Beispiel in herben Verlusten beim ISM Einkaufsmanagerindex und dem Konsumklima wider. Zudem sank die Kreditnachfrage. Dass es sich hierbei vor allem um ein marktpsychologisches Phänomen handeln mag, wird an den realwirtschaftlichen Zahlen deutlich, die überwiegend die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnten. Derweil hat das Vertrauen der Umfrageteilnehmer in die Konjunkturerwartung in den Vereinigten Staaten ebenfalls gelitten. Die Erwartungen auf Sicht eines halben Jahres gehen im August um 34,8 Punkte auf minus 22,9 Punkte zurück.

Frieder Mokinski



Japan: Erholung setzt sich vorerst fort

Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft ist ein schwacher Lichtblick im eingetrübten weltwirtschaftlichen Umfeld. Realwirtschaftliche Indikatoren deuten darauf hin, dass Nippon die Erholung von seiner Erdbebenkatastrophe viel zügiger als erwartet meistern wird. Hierauf weist insbesondere die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal hin. Gemeinhin war angenommen worden, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum ersten Quartal deutlich geringer sein würde. Zwar gab es beim BIP tatsächlich einen Rückgang, dieser fiel aber viel schwächer aus als erwartet. Zudem entwickelten sich die Einzelkomponenten des BIP im Quartalsverlauf erfreulich. Diese positive Entwicklung schlägt sich in einer verbesserten Lageeinschätzung nieder. Der entsprechende Saldo steigt im August 2011 um 7,0 Punkte und steht nun bei minus 60,8 Punkten.

Frieder Mokinski

Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft stabil

Im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft hat sich die konjunkturelle Stimmung im zweiten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Quartal 2011 kaum verändert. Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den gesamten Wirtschaftszweig, steigt um 0,3 Punkte und liegt jetzt bei einem Wert von 62,7 Punkten.

Der IDI-Teilindikator, der die aktuelle Geschäftslage für das zweite Quartal 2011 widerspiegelt, steigt um 2,2 Punkte auf einen Wert von 60,9 Punkten. Hingegen sinkt der IDI-Teilindikator, der die Geschäftserwartungen wiedergibt, um 1,7 Punkte gegenüber dem Vorquartal und liegt aktuell bei einem Wert von 64,6 Punkten.

Der Stimmungsindikator für die Teilbranche der IKT-Dienstleister, die Softwareunternehmen, IT-Dienste, IKT-Händler und Telekommunikationsdienstleister umfasst, sinkt im zweiten Quartal 2011 um 6,5 Punkte. Damit erreicht der Indikator einen Wert von 59,7 Punkten. Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Lage für die IKT-Dienstleister wiedergibt, sinkt um 8,3 Punkte auf 55,6 Punkte.

Der Stimmungsindikator für die wissensintensiven Dienstleister, der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberatungen, Architekten, technische Berater und Planer, Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung und Werbefirmen umfasst, steigt um 10,2 Punkte auf 66,5 Punkte. Der Teilindikator für die aktuelle Lage wächst deutlich um 17,0 Punkte und erreicht einen Wert von 67,7 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen legt geringfügig um 2,7 Punkte zu und liegt aktuell bei 65,3 Punkten.

Branchenbetrachtung

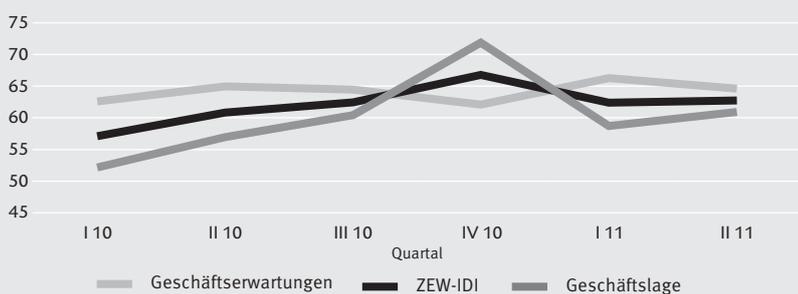
In der Branche Software und IT-Dienste ist die wirtschaftliche Lage im zweiten Quartal 2011 besser als im Vorquartal.

Die Erwartungen für das dritte Quartal 2011 hingegen sind im Vergleich zum Vorquartal wesentlich schlechter. Der Anteil der IKT-Händler, die höhere Umsätze melden, sinkt im zweiten Quartal 2011 um nahezu 20 Punkte. Die Telekommunikationsdienstleister bewerten ihre Umsätze, ihre Nachfrage sowie ihren Personalbestand im zweiten Quartal 2011 als stabil.

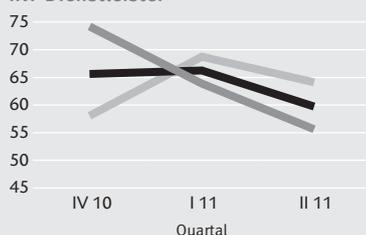
Im zweiten Quartal 2011 ist der Umsatz bei der Mehrheit der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer im Vergleich zum ersten Quartal 2011 stabil. Die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2011 sind ebenfalls stabil. Die konjunkturelle Stimmung bei den Unternehmensberatern hat sich im zweiten Quartal 2011 erheblich verbessert. Die Mehrheit der Unternehmen meldet im Vergleich zum Vorquartal steigende Umsätze sowie einen zunehmenden Personalbestand. Die Architekten bewerten ihre wirtschaftliche Lage im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal ebenfalls optimistischer. Bei den technischen Beratern und Planern haben sich im zweiten Quartal 2011 Umsatz- und Personallage sowie die Nachfrage verbessert. Die Erwartungen bezüglich Umsatz, Nachfrage und Personal für das dritte Quartal 2011 sind stabil. Knapp die Hälfte der Unternehmen in der Branche Forschung und Entwicklung verzeichnet im zweiten Quartal 2011 unveränderte Umsätze und die Mehrheit der Unternehmen verzeichnet keine Änderung der Beschäftigung. Zwei Drittel der Unternehmen erwarten ein Umsatzplus sowie gut die Hälfte der Unternehmen eine steigende Nachfrage im dritten Quartal 2011. In der Werbebranche ist die konjunkturelle Stimmung im zweiten Quartal 2011 schlechter als im Vorquartal. Die Erwartungen bezüglich Nachfrage und Personal für das dritte Quartal 2011 sind unverändert.

Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

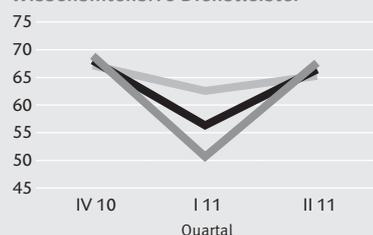
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

Zur Optimalität eines antizyklischen Arbeitslosenversicherungssystems

Die Arbeitslosenversicherung ist ein zentrales Instrument der sozialen Versicherungssysteme und der Wirtschaftspolitik. Im Zuge der Finanzmarkt- und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise geriet neben der Diskussion über die Höhe und Dauer des Arbeitslosengeldes die Frage nach einer konjunkturabhängigen Arbeitslosenversicherung in den Fokus der öffentlichen Debatte. In diesem Artikel werden neueste Forschungsergebnisse zur konjunkturabhängigen Arbeitslosenversicherung dargelegt und Bedingungen für eine optimale Implementierung des Systems diskutiert.

Arbeitslosigkeit stellt ein substantielles Einkommens- und Konsumrisiko dar, mit einem negativen Effekt auf die individuelle Wohlfahrt der Haushalte. Eine Versicherung gegenüber diesen Einkommensrisiken ist daher grundsätzlich positiv zu bewerten. Fällt die Versicherung jedoch zu großzügig aus, so werden die arbeitslosen Haushalte zu hohe Lohnforderungen an ein Arbeitsplatzangebot stellen oder ihre Suchaktivitäten einschränken. Ein optimal ausgestaltetes Arbeitslosenversicherungssystem muss daher zwischen der Versicherung gegen Einkommensrisiken auf der einen Seite und angemessenen Suchanreizen auf der anderen Seite abwägen.

Antizyklische Arbeitslosenversicherung in der Theorie

Dieser Zielkonflikt ist über den Konjunkturzyklus hinweg jedoch unterschiedlich ausgeprägt, sodass eine konjunkturabhängige Ausgestaltung des Arbeitslosenversicherungssystems positive Wohlfahrtseffekte verspricht. Befindet sich die Volkswirtschaft in einer Rezession, so steht einer Vielzahl an Arbeitssuchenden eine geringe Anzahl an verfügbaren offenen Stellen gegenüber. Sind Löhne beispielsweise aufgrund gesetzlicher Vorschriften, langfristiger Verträge oder Effizienzlohnüberlegungen nicht vollständig flexibel, gelingt es nicht den Angebotsüberschuss an Arbeitssuchenden über Lohnanpassungen abzubauen. Der Arbeitsmarkt ist in diesem Fall aufgrund der relativ geringen Arbeitsnachfrage der Unternehmen rationiert. Im Gegensatz hierzu ist in Pha-

sen der Hochkonjunktur der Arbeitsmarkt entspannt. Unternehmen Arbeitslose hinreichend Suchanstrengungen, so sind sie mit einer großen Wahrscheinlichkeit auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich.

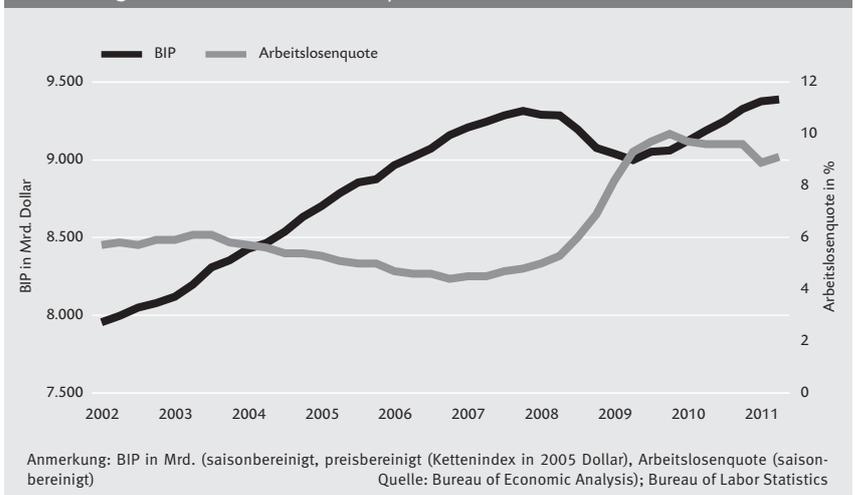
Auf Grundlage dieser Beobachtung leiten Landais, Michailat und Saez (2011) unter Verwendung eines dynamischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells des Arbeitsmarktes ab, dass

ren. Dies wird jedoch, wenn die Erhöhung der Transferzahlungen in Maßen geschieht, keinerlei Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung haben. Der Grund hierfür ist, dass in einer Rezession in der Regel nicht die mangelnde Suchintensität sondern die Rationierung der Arbeitsnachfrage die Höhe die Arbeitslosenquote bestimmt. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist bezogen auf die Beschäftigung die Erhöhung der Transferzahlungen daher neutral.

Zweitens verschärft sich hierdurch das in der Rezession vorliegende Koordinationsproblem.

Würden die Haushalte auf eine Reduktion der Transferzahlungen hin ihre Suchintensitäten ausweiten, so hätte dies ceteris paribus einen positiven Ef-

Abbildung 1: BIP und Arbeitslosenquote in den USA



für jedes konjunkturunabhängige Arbeitslosenversicherungssystem ein alternatives antizyklisches Arbeitslosenversicherungssystem existiert, das aus wohlfahrtstheoretischen Gesichtspunkten dominiert. Ihre Argumentation orientiert sich an einer Reform der Arbeitslosenunterstützung während einer Rezession und gliedert sich in drei Teile.

Erstens werden Arbeitssuchende in einer Rezession, wenn höhere Transferzahlungen vom Staat geleistet werden, ihre Suchanstrengungen zwar reduzie-

ren. Dies wird jedoch, wenn die Erhöhung der Transferzahlungen in Maßen geschieht, keinerlei Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung haben. Der Grund hierfür ist, dass in einer Rezession in der Regel nicht die mangelnde Suchintensität sondern die Rationierung der Arbeitsnachfrage die Höhe die Arbeitslosenquote bestimmt. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist bezogen auf die Beschäftigung die Erhöhung der Transferzahlungen daher neutral. Zweitens verschärft sich hierdurch das in der Rezession vorliegende Koordinationsproblem. Würden die Haushalte auf eine Reduktion der Transferzahlungen hin ihre Suchintensitäten ausweiten, so hätte dies ceteris paribus einen positiven Ef-

fekt auf die individuelle Erfolgswahrscheinlichkeit. Im Gleichgewicht führt dies jedoch zu starken negativen Externalitäten, da nun alle Arbeitssuchenden vermehrt Suchanstrengungen unternehmen. Die Anzahl an verfügbaren offenen Stellen bleibt hiervon jedoch unberührt. Die Suchanstrengungen für die Haushalte sind mit direkten und indirekten Kosten verbunden, die die individuelle Wohlfahrt mindern. Daher werden auf gesamtwirtschaftlicher Ebene aufgrund des gestiegenen Wettbewerbs zwischen

den Arbeitssuchenden bei gleichzeitiger Rationierung der verfügbaren Stellen nur Wohlfahrtsverluste erzeugt, ohne gleichzeitig über positive Beschäftigungseffekte gegenläufige Wohlfahrtsgewinne zu generieren.

Drittens ist das Einkommensrisiko durch Arbeitslosigkeit in einer Rezession gravierender, da sich die Arbeitslosen nun aufgrund geringer Erfolgsaussichten bei der Arbeitssuche auf eine längere Phase der Arbeitslosigkeit und somit auf länger dauernde Einkommens- und Konsumverluste einstellen müssen. Mit einem Anstieg des Risikos geht wiederum ein verstärkter Bedarf an Versicherungsleistungen einher.

Zusammengefasst liefern die ersten beiden Punkte ein Argument dafür, dass in einer Rezession höhere Transferzahlungen die Suchkosten der Arbeitslosen – aufgrund einer dadurch induzierten geringeren Suchanstrengung – reduzieren, ohne dabei gleichzeitig zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit zu führen. Der dritte Punkt besagt, dass der Bedarf einer Versicherung gegen den Verlust des Einkommens in der Rezession aufgrund eines höheren Risikos steigt.

Das Neue an diesem Resultat ist, dass Landais, Michaillat und Saez (2011) zum ersten Mal ein allgemeines Gleichgewichtsmodell verwendet haben, welches die quantitative Bedeutung der Rückkopplungseffekte auf der aggregierten Ebene (Koordinationsproblem und Insensitivität der Arbeitslosenquote in einer Rezession) beleuchtet.

Antizyklische Arbeitslosenversicherung in der Praxis

Die antizyklische Arbeitslosenversicherung kam infolge der Finanz- und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise in vielen Industriestaaten auf die politische Agenda. Besonders anschaulich lässt sich dies am Fall der Vereinigten Staaten erläutern, da diese grundsätzlich skeptisch gegenüber staatlichen Eingriffen sind und dennoch extensiv von einer antizyklischen Arbeitslosenversicherung Gebrauch gemacht haben.

Infolge der Finanzmarktkrise fiel die reale Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten vom zweiten Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2009 um mehr als

3 v.H. Während das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2009 wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrte, stieg die Arbeitslosenquote bis Mitte 2010 weiterhin an und verfestigt sich seither auf einem für die Vereinigten Staaten ungewohnt hohem Niveau. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2008, hat sich die Arbeitslosenquote mehr als verdoppelt (vergleiche hierzu Abbildung 1). Ein wichtiges Charakteristikum der stark angestiegenen Arbeitslosenquote ist der Mangel an verfügbaren offenen Stellen, sodass die im vorangegangenen Abschnitt dargelegte Grundvoraussetzung für eine antizyklische Arbeitslosenversicherung während dieses Zeitraums zutrifft. Die Regierung berief sich auf eine in den Gesetzestexten mögliche Ausnahmeregelung und erhöhte die von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedliche, jedoch niemals 26 Wochen übersteigende Maximalbezugsdauer von Transferleistungen für Arbeitssuchende auf 99 Wochen. Die Verlängerung der Bezugsdauer ist hierbei äquivalent zu einer Erhöhung der Transferzahlungen an Haushalte, welche die von den Bundesstaaten festgesetzte maximale Bezugsdauer bereits überschritten haben.

Viele Staaten implementierten infolge der Finanzmarktkrise ähnliche Programme wie die Vereinigten Staaten. Allerdings stellt sich die Frage, weshalb Politikmaßnahmen, die in einer tiefen Rezession für richtig gehalten werden, in „normalen“ Rezessionen in der Regel keine Anwendung finden.

Implementierung einer antizyklischen Arbeitslosenversicherung

Aus wohlfahrtstheoretischer Sicht ist eine sinnvoll ausgestaltete antizyklische Arbeitslosenversicherung, ob nun in Form von antizyklischen Transferzahlungen oder in Form einer antizyklischen Verlängerung der Bezugsdauer, einem System mit konjunkturunabhängigen Transferzahlungen überlegen. Die Entscheidung antizyklisch einzugreifen erfolgt allerdings bislang diskretionär, was mit zwei Problemen behaftet ist. Erstens gibt es aus heutiger Perspektive keine Garantie, dass im Falle einer Rezession definitiv zu einer Erhöhung der Transferzahlungen übergegangen wird. Dies verursacht nur zusätzliche Unsicherheiten,

die letztendlich zu erneuten Wohlfahrtsverlusten bei risikoscheuen Haushalten führen. Zweitens besteht die Gefahr, dass Regierungen, insbesondere vor wichtigen Wahlen, aus rein taktischen Gründen zu einer Erhöhung der Transferzahlungen greifen. Die Grundidee der antizyklischen Arbeitslosenversicherung wird durch diese politökonomischen Überlegungen letztlich ausgehebelt.

Um den größtmöglichen Nutzen aus einer antizyklischen Arbeitslosenversicherung zu ziehen, müssten sich Regierungen daher an feste Regeln binden, wie sich konjunkturelle Kennziffern in Transferzahlungen und Bezugsdauern übersetzen lassen. Die konjunkturabhängige Verschuldungsobergrenzen der öffentlichen Finanzen in der Schweiz oder die Schuldenbremse in Deutschland liefern aktuelle Beispiele, wie eine Implementierung anhand weniger konjunktureller Kennziffern aussehen kann.

Welche Kennziffern hierfür im Falle der antizyklischen Arbeitslosenversicherungssysteme benötigt werden, wird ebenfalls von Camille, Michaillat und Saez (2011) beantwortet. Auf Grundlage des Gleichgewichtsmodells berechnen sie, dass man für die Bestimmung der optimalen Bezugshöhe lediglich drei Größen benötigt: die Risikoaversion der Haushalte, die Mikroelastizität, welche die Reaktion der individuellen Suchanstrengungen auf Änderungen der Transferzahlungen misst, und die Makroelastizität, welche die Reaktion der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit auf Änderungen des Transfersystems misst.

Für die Schätzung der Risikoaversion liegen in der Literatur bereits einige robuste, auf Individualdaten beruhende, Ergebnisse vor, auf die zurückgegriffen werden kann. Zur Bestimmung der Mikro- und Makroelastizitäten, werden grundsätzlich zeitnahe Individualdatensätze benötigt, was letztlich nicht praktikabel erscheint. Alternativ können diese Elastizitäten auf Grundlage vergangener Zyklen mit objektiven makroökonomischen Kennziffern geschätzt werden, um hieraus letztlich Schätzungen für die aktuelle Elastizitäten zu bekommen.

Martin Scheffel, scheffel@zew.de

Literatur:

Landais, Camille, Pascal Michaillat und Emmanuel Saez (2011): Optimal Unemployment Insurance over the Business Cycle, NBER Working Paper No. w16526.

Über die Wechselbeziehung von Arbeitsmarktinstitutionen

In der empirischen Literatur ist unklar, ob sich verschiedene institutionelle Faktoren gegenseitig beeinflussen und diese Wechselwirkungen sowohl qualitativ als auch quantitativ relevant für die Entwicklung des Arbeitsmarkts sind. Der Beitrag geht dieser Frage mittels einer empirischen Mehr-Länder-Studie nach und kommt zu dem Ergebnis, dass interagierende Institutionen von erheblicher Bedeutung für die Wirkung von institutionellen Reformen sein können.

Die Erklärung von Differenzen in den Arbeitslosenquoten von Industrieländern, die hinsichtlich ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit eigentlich vergleichbar sein sollten, ist seit einigen Jahren im Fokus von Öffentlichkeit und Wissenschaft. In den 90ern sind vor allem institutionelle Beschränkungen oder Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt wie zum Beispiel hohe Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit oder Gewerkschaften, die eine erhebliche Verhandlungsmacht in Lohnfragen haben, als Erklärung für divergierende Arbeitslosenquoten herangezogen worden. Während des letzten Jahrzehnts konnte aufgrund erheblicher Verbesserungen der Methodik sowie der Datenlage ein deutlich detaillierteres Bild über die Bedeutung von institutionellen Rigiditäten gezeichnet werden. Die existierenden Studien haben allerdings gemeinsam, dass sie in der Regel lediglich direkte oder unbedingte Effekte von Institutionen auf die Arbeitslosigkeit untersuchen.

Die ökonomische Bedeutung von bedingten Effekten

Allerdings wurde in der Literatur unter anderem von Belot und van Ours (2004) gezeigt, dass Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen institutionellen Charakteristika durchaus einen relevanten Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben können. Beispielsweise kann die Wirkung einer Reform der Abgaben- und Steuerbelastung des Faktors Arbeit von der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer abhängig sein. Kommt es aufgrund einer Anhebung der Steuerbelastung zu einer Verteuerung des Faktors Arbeit, so stellt sich die Frage, wie diese zusätzlichen Kosten zwischen Arbeitneh-

mern und Arbeitgebern aufgeteilt werden. Ist die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer hoch, so ist wahrscheinlich, dass der Bruttolohn des Arbeitnehmers durch die erhöhte Steuerbelastung steigt, das Nettoeinkommen aufgrund der günstigen Verhandlungsposition aber nicht beeinträchtigt wird. Die zusätzliche finanzielle Belastung kann dann dazu führen, dass der Arbeitgeber aus Kostengründen Arbeitsplätze abbauen oder seine Arbeitsnachfrage senken wird. Wird dagegen die zusätzliche Belastung hauptsächlich durch den Arbeitnehmer getragen, der einen Rückgang seines Nettolohns verkraften muss, so bleibt in erster Linie die Arbeitsnachfrage unbelastet. Natürlich kann es durch die real gesunkene Kaufkraft der Arbeitnehmer zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kommen, jedoch haben Daveri und Tabellini (2000) in einer empirischen Analyse gezeigt, dass der erste Effekt überwiegt. Ähnlich dazu lassen sich für eine ganze Reihe von institutionellen Paaren Argumente bilden, warum Interaktionen in einer empirischen Schätzung berücksichtigt werden sollten.

Empirische Schätzung von bedingten Effekten

Zwar besteht Einigkeit darüber, dass Wechselwirkungen oder Interaktionen zwischen Institutionen generell eine Rolle spielen, jedoch ist unklar, welche Interaktionen tatsächlich berücksichtigt werden sollen. Die theoretische Literatur liefert nur sehr allgemeine Anhaltspunkte, während die Empirie darunter leidet, dass die Anzahl der möglichen Interaktionen sehr groß ist. Aufgrund der geringen Anzahl an Beobachtungen in Mehr-

Länder-Studien können nicht alle Interaktionen gleichzeitig aufgenommen werden, um deren Signifikanz zu testen. Beispielsweise können durch die Einbeziehung von 14 institutionellen Faktoren 91 bivariate Interaktionen konstruiert werden. Da eine Reihe von Indikatoren für institutionelle Faktoren zur Verfügung steht, ist diese Zahl nicht unrealistisch. Eine Vorauswahl hat dagegen zur Folge, dass unter Umständen relevante Interaktionen ausgeschlossen werden, was eine verzerrte Schätzung zur Folge hätte.

Bayesian Model Averaging als Lösungsansatz

Aus der Wachstumsliteratur hat sich ein Zweig gebildet, der die Annahme in Frage stellt, dass sich eine empirische Schätzung auf ein vorher festgelegtes Modell beziehen muss. Ganz im Gegenteil können unterschiedliche Modellansätze durchaus Informationen enthalten, deren gemeinsame Berücksichtigung eine genauere Schätzung erlaubt. Um die Ergebnisse unterschiedlicher Modellansätze nutzen zu können, wird eine Methode eingesetzt, die auf der Mittelung der Ergebnisse mehrerer Modelle beruht, das sogenannte Bayesian Model Averaging (BMA). Bezogen auf die Erklärung der Arbeitslosigkeit durch die erklärenden Faktoren (Institutionen und Interaktionen zwischen diesen) unterscheiden sich die Modelle lediglich in der Anzahl der erklärenden Faktoren, die berücksichtigt werden. Es werden dabei alle möglichen Modelle aufgenommen, die aus Kombinationen der erklärenden Faktoren bestehen. Mit Hilfe von Gewichtungsfaktoren lässt sich ein Maß für den Erklärungsgehalt, den ein Faktor besitzt, konstruieren.

Die vorliegende Schätzung stützt sich auf Daten aus 17 OECD Ländern für den Zeitraum von 1982 bis 2005. Die zu erklärende Variable ist die harmonisierte Arbeitslosenquote. Insgesamt werden 12 arbeitsmarktinstitutionelle Faktoren aufgenommen: die Lohn- Einkommens-

und Konsumsteuer, der Kündigungsschutz für reguläre und temporäre Beschäftigung, Indikatoren für Mindestlohnbestimmungen sowie für die Koordination der Lohnverhandlungen und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad, Maße für die Lohnersatzraten während des ersten, des zweiten und dritten, und des vierten und fünften Jahres der Arbeitslosigkeit sowie ein Indikator für die Reichweite des Arbeitslosenunterstützungssystems. Zudem finden zwei Indikatoren für die Produktmarktregulation, die Markteintrittsbarrieren sowie der Anteil der Unternehmen in staatlichem Besitz, Berücksichtigung, da diese sich in früheren Studien als relevant für den Arbeitsmarkt herausgestellt haben. Im empirischen Modell tauchen nun neben den 14 institutionellen Faktoren die 91 Interaktionen zwischen diesen auf. Zudem wird eine Reihe von Kontrollvariablen berücksichtigt, die zusätzlich zu den institutionellen Faktoren einen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit haben können.

In einem ersten Schritt wird nun mit Hilfe des BMA Ansatzes ermittelt, welche der 91 Interaktionen tatsächlich relevant sind. Insgesamt zeigt sich für 22 Interaktionen ein signifikantes Ergebnis. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse lassen sich nun marginale Effekte von Institutionen berechnen. In anderen Worten, die Wirkung einer institutionellen Reform auf die Arbeitslosigkeit in Abhän-

gigkeit von weiteren institutionellen Faktoren kann nun ermittelt werden. Tabelle 1 fasst die Ergebnisse für zwei Beispielländer, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika, zusammen. Eine ausführliche Darstellung findet sich in einem aktuellen ZEW Diskussionspapier von Sachs (2011).

Resultate

In der ersten Spalte sind die 14 institutionellen Faktoren aufgeführt. In der zweiten und vierten Spalte sind die Indikatorwerte für die jeweiligen Institutionen angegeben, beispielsweise beträgt das Lohnsteueraufkommen, wie es hier gemessen wird, in Deutschland 2005 15,29 v.H. vom Arbeitnehmerentgelt, während der Wert in den Vereinigten Staaten lediglich bei 6,41 v.H. liegt. Die dritte und fünfte Spalte geben nun die Effekte einer institutionellen Reform im jeweiligen Land in Abhängigkeit von weiteren Institutionen an. So hat die Erhöhung der Lohnsteuer um 1 v.H. in Deutschland einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,13 Prozentpunkte zur Folge, während eine vergleichbare Reform in den Vereinigten Staaten zu einer Absenkung der Arbeitslosigkeit von 0,44 Prozentpunkten führen würde. Die Resultate machen die erhebliche Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen Institutionen deutlich. Vergleichbare institutionelle Reformen können

demnach konträre Effekte auf die Arbeitslosigkeit haben, je nachdem, in welchem institutionellen Umfeld sie durchgeführt werden.

Zudem zeigt sich, dass die so berechneten marginalen Effekte sowohl qualitativ als auch quantitativ bedeutend sind. Allerdings ist eine direkte Übertragung der Ergebnisse für die Politikberatung nicht für alle institutionellen Faktoren ratsam. So vernachlässigt der Mindestlohnindikator die Höhe des Mindestlohnes. Dies könnte das kontraintuitive Ergebnis für Deutschland und die USA erklären. Zudem können mangels Datenverfügbarkeit weitere möglicherweise relevante Einflussfaktoren wie Familien- oder Migrationspolitik nicht in die Analyse mit aufgenommen werden. Das kann die Resultate zumindest quantitativ beeinträchtigen und erschwert die direkte Nutzung der Resultate. Die Ermittlung quantitativ belastbarer Ergebnisse bleibt ein offenes Forschungsfeld und ist erst durch die Erstellung und Verfügbarkeit detaillierter Daten möglich.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

Literatur:

Belot, Michèle und Jan van Ours (2004): Does the recent success of some OECD countries in lowering their unemployment rates lie in the clever design of their labor market reforms?, *Oxford Economic Papers*, Vol. 56.

Daveri, Francesco und Guido Tabellini (2000): Unemployment, growth and taxation in industrial countries, *Economic Policy*, Vol. 30.

Sachs, Andreas (2011): Institutions and Unemployment: Do Interactions Matter?, ZEW Discussion Paper No. 11-057.

Tabelle 1: Marginale Effekte von institutionellen Reformen

Variable	Deutschland		Vereinigte Staaten	
	Niveau 2005	Marginaler Effekt	Niveau 2005	Marginaler Effekt
Lohnsteuer	15,29*	0,013	6,41*	-0,044
Einkommenssteuer	15,70*	0,018	13,28*	-0,039
Konsumsteuer	18,54*	-0,015	9,99*	-0,006
Kündigungsschutz regulär	3,00**	0,193	0,17**	0,829
Kündigungsschutz temporär	1,25**	-0,254	0,25**	0,035
Lohnverhandlungskoordination	4,00**	-0,051	1,00**	-0,174
Mindestlohn	1,00**	-0,059	8,00**	-0,038
Gewerkschaftl. Organisationsgrad	63,00*	-0,010	13,70*	0,017
Markteintrittsbarrieren	0,77**	0,027	1,68**	0,045
Unternehmen in staatlichem Besitz	1,86**	0,255	1,40**	0,142
Lohnersatzraten erstes Jahr	39,87*	-0,005	29,45*	0,005
Lohnersatzraten zweites/drittes Jahr	0,00*	-0,012	5,56*	-0,010
Lohnersatzraten viertes/fünftes Jahr	0,00*	0,010	5,56*	0,009

* Prozentangaben, ** Indexwert

Quelle: Eigene Berechnungen

Das Produktionspotential im Herbst 2011

Jeweils im Frühjahr und Herbst erstellt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Weltwirtschaft (IfW) eine Projektion des Produktionspotentials in Deutschland. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit zwei Aspekten. Zuerst wird dargestellt, dass der Einfluss einer kürzlich vorgenommenen Revision des Statistischen Bundesamtes auf die Potentialschätzung begrenzt ist. Anschließend werden detaillierte aktuelle Ergebnisse der Potentialschätzung für Deutschland bis 2016 präsentiert.

Sowohl für die Revisionsrechnung als auch für die eigentliche Potentialschätzung wird eine Produktionsfunktionsmethode verwendet, wie sie in ähnlicher Form von der EU-Kommission, der OECD und den Forschungsinstituten bei der Gemeinschaftsdiagnose eingesetzt wird. Dabei werden Projektionen des Arbeitsvolumens, der Totalen Faktorproduktivität sowie des Kapitalbestands ermittelt und auf Basis einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion die Trendwerte dieser Faktoren zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential aggregiert. Neben Trendwerten wichtiger Determinanten des potential-

tionsdruck erreichbar ist, integriert. Die genaue Vorgehensweise ist in Boss et al. (2011) dokumentiert.¹

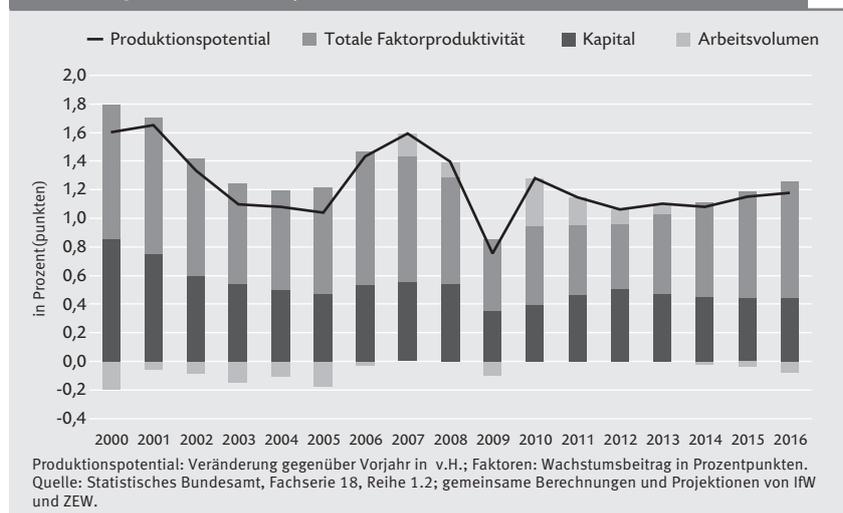
Auswirkungen der VGR-Revision auf die Potentialschätzung

Der Schätzung des Produktionspotentials für Deutschland liegen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des Statistischen Bundesamtes seit 1970 zugrunde, wobei gesamtdeutsche Beobachtungen vor 1991 mittels Rückverkettung mit westdeutschen Daten generiert werden. Das Statistische Bundesamt nimmt in unregel-

für die Potentialschätzung für Deutschland. Dabei stellt sich die Frage, ob die Änderungen tatsächlich einen nennenswerten Einfluss auf die Ermittlung des Potentials haben. Dies soll anhand eines Vergleichs von nicht-revidierten mit revidierten Zahlen untersucht werden. Dafür ist allerdings zu gewährleisten, dass die jeweilige Fortschreibungsmethode für die Bestimmung der Trendkomponenten der Determinanten des Arbeitsvolumens keinen Einfluss auf die Resultate hat. Der Vergleich der nicht-revidierten mit den revidierten Daten der VGR erfolgt deshalb über den Zeitraum von 1970 bis 2010, für den die Einflussfaktoren des Potentials beobachtbar sind. Für diesen Zeitraum wird mit dem oben beschriebenen Produktionsfunktionsansatz das Potentialwachstum in Deutschland bestimmt. Änderungen im Potential lassen sich dann direkt auf die Revision der VGR-Zahlen zurückführen. Tabelle 1 stellt die Resultate anhand der prozentualen Änderung über 5-Jahreszeiträume für das Potential, das Solow-Residuum, den Kapitalstock, das Arbeitsvolumen sowie dessen Determinanten, der Partizipationsrate und der Entwicklung der Arbeitszeit, dar.

Die weiteren Determinanten des Arbeitsvolumens, die Erwerbsbevölkerung sowie die NAIRU, werden hier nicht dargestellt, da die zugrundeliegenden Daten nicht durch die Revision betroffen sind und für beide Szenarien deshalb identische Werte genutzt werden. Für die Darstellung des Kapitalstocks werden Daten zum Nettoanlagevermögen herangezogen, wobei die nachfolgende Potentialschätzung Daten zum Bruttoanlagevermögen berücksichtigt. Um die Vergleichbarkeit des Kapitalstocks vor und nach der Revision zu gewährleisten, wird für die Berechnungen für Tabelle 1 durchgehend das Nettoanlagevermögen genutzt. Bis auf den ersten 5-Jahreszeitraum zeigt sich für das mit revidierten Zahlen berechnete Potential ein niedrigerer Pfad. Verantwortlich dafür sind insbesondere die Totale Faktorproduktivität (TFP) und das Arbeitsvolumen, die für alle Zeit-

Abbildung 1: Produktionspotential und Wachstumsfaktoren 2000 – 2016



len Arbeitsvolumens (Partizipationsrate und Arbeitsstunden), welche mit dem Hodrick-Prescott-Filter zyklisch bereinigt werden, geht eine Schätzung der NAIRU (inflationstabilen Erwerbslosenquote) in die Berechnung ein. Damit wird das Konzept des Produktionspotentials als das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau, das in der Annäherung an Vollbeschäftigung und Vollauslastung der Kapazitäten ohne Infla-

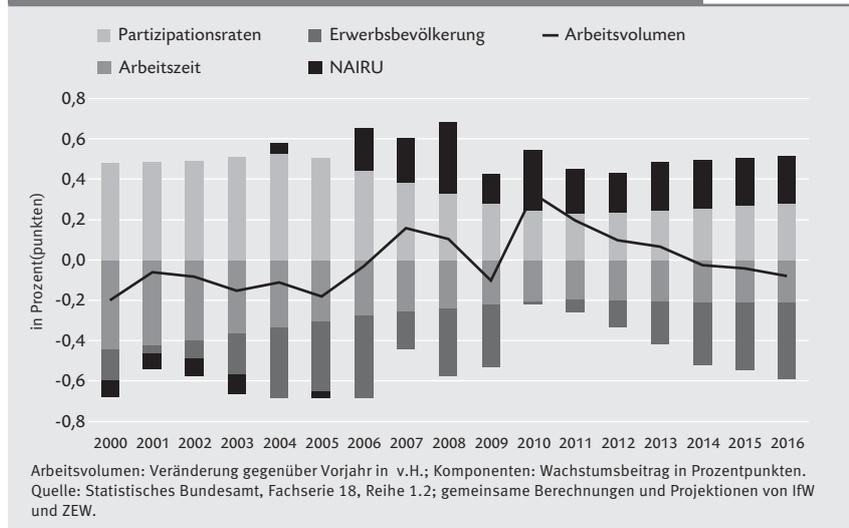
mäßigen Abständen größere Revisionen vor, um aktuellen Entwicklungen bezüglich Methoden oder Klassifikationen Rechnung zu tragen. Die Anfang September 2011 vorgenommene Revision, die aufgrund der Anpassung an europäische Standards der Wirtschaftszweig- und Güterklassifikation vorgenommen wurde, betrifft alle Zeitreihen der VGR seit 1991. Aufgrund dieser Umstellung ändert sich die Datenbasis

räume abnehmen. Der Kapitalstock zeigt dagegen durch die Revision eine geringe Zunahme. Durch die Aufspaltung in die Komponenten des Arbeitsvolumens ist ersichtlich, dass die Partizipationsrate zwar deutlich positiv beiträgt, die Arbeitszeit aber unter dem mit nicht-revidierten Daten berechneten Trend liegt. Insgesamt zeigen sich leichte Abweichungen in den Trendverläufen der in Tabelle 1 dargestellten Variablen. Insbesondere der Kapitalstock und die Totale Faktorproduktivität sind betroffen. Allerdings deuten die geringen Abweichungen darauf hin, dass die Revision einen geringen Einfluss auf das Potential und dessen Wachstumsrate hat. Bezogen auf die Potentialwachstumsrate liegen die Abweichungen durchgehend unter einem Prozentpunkt. Trotzdem ist aufgrund der Abweichungen durch die Revision zu beachten, dass Vergleiche von Potentialpfaden mit nicht-revidierten und revidierten Daten lediglich ein verzerrtes Bild wiedergeben können.

Produktionspotential in Deutschland

Die Projektion des Produktionspotentials setzt auf der Kurzfristprognose des IfW auf und erfolgt über den Zeitraum von 2011 bis 2016. Für den Kapitalstock werden nun Werte des Bruttoanlagevermögens genutzt. Die Trendwerte der TFP sowie des Arbeitsvolumens werden über die Filterung von mit univariaten Zeitreihenverfahren generierten Fortschreibungen ermittelt. Wie in Abbildung 1 zu sehen, hat sich das Wachstum des Produktionspotentials seit Anfang 2000 von 1,6 v.H. auf 1,2 v.H. im Jahr 2016 leicht negativ entwickelt. Im Projektionszeitraum von 2011 auf 2016 zeigt sich dagegen eine nahezu konstante Potentialwachstumsrate mit Werten zwischen 1,1 und 1,2 v.H.

Abbildung 2: Komponenten des Arbeitsvolumens 2000–2016



Den größten Einfluss auf das Potentialwachstum hat dabei die TFP, deren Wachstumsbeitrag im Projektionszeitraum von 0,5 v.H. auf 0,8 v.H. leicht zunimmt. Ebenfalls positiv ist der Wachstumsbeitrag des Kapitalbestands, der in Deutschland nahezu konstant zwischen 0,4 und 0,5 v.H. pro Jahr liegt. Leicht negative Impulse gehen dagegen vom Arbeitsvolumen aus. Nahezu keine Impulse für das Potential gehen dagegen vom Arbeitsvolumen aus.

Entwicklung des Arbeitsvolumens

In Abbildung 2 sind die prognostizierten Wachstumsbeiträge der Komponenten zum Arbeitsvolumen dargestellt. Während des Projektionszeitraums von 2011 bis 2016 tragen die strukturelle Arbeitslosenquote (NAIRU) sowie der Trend der Partizipationsrate deutlich positiv zur Entwicklung des Arbeitsvolumens bei. Beide Komponenten weisen jährliche Wachstumsbeiträge zwischen 0,2 und 0,3 v.H. auf. Während die Partizipationsrate, wie in der Abbildung zu sehen, seit 2000 permanent positive Wachstumsbeiträge liefert, ist

dies für die strukturelle Arbeitslosenquote erst seit 2006 der Fall. Hier dürften die Hartz-Reformen 2003 bis 2005 eine entscheidende Rolle gespielt haben. Für den Projektionszeitraum ist mit einer weiterhin fallenden strukturellen Arbeitslosenquote zu rechnen. In negativer Hinsicht tragen die Erwerbsbevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigem zur Entwicklung des Arbeitsvolumens bei. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird sich dabei in den nächsten Jahren tendenziell noch verschärfen und drückt damit das Arbeitsvolumen deutlich. Die Arbeitszeit setzt ihren negativen Trend weiter fort. Allerdings scheint sich der Rückgang in den letzten Jahren leicht abgeflacht zu haben. So war der negative Wachstumsbeitrag der Arbeitsstunden 2000 noch doppelt so hoch wie während des Projektionszeitraums.

Marcus Kappler, kappler@zew.de
 Andreas Sachs, sachs@zew.de

Literatur:

Boss, Alfred, Dominik Groll, Marcus Kappler, Stefan Kooths, Andreas Sachs und Joachim Scheide (2011), Mittelfristprojektion für Deutschland: Potentialwachstum bleibt moderat – Kapazitäten bleiben angespannt, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 490/491, Kiel.

Tabelle 1: Veränderung des Potentials und dessen Komponenten durch die Revision

	Potential	TFP (Trend)	Kapitalstock	Arbeitsvolumen (Trend)	Arbeitszeit (Trend)	Partizipationsrate (Trend)
1991 – 1995	0,09	-0,08	-0,12	0,33	-0,05	0,38
1996 – 2000	-0,30	-1,03	1,48	0,35	-0,22	0,58
2001 – 2005	-0,71	-1,61	2,42	0,11	-0,31	0,43
2006 – 2010	-0,60	-1,56	3,39	-0,29	-0,50	0,21

Angaben in v.H.

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum zukünftigen EU-Haushalt

Die Europäische Kommission hat Ende Juni ihre Vorschläge zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen veröffentlicht, in dem die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union (EU) für den Zeitraum 2014 bis 2020 festgelegt werden. Diese Vorschläge markieren den Ausgangspunkt für die kommenden Verhandlungen, in denen eine Übereinkunft sowohl unter den Staats- und Regierungschefs als auch mit dem Europäischen Parlament gefunden werden muss.

Die Kommission betont in ihren Vorschlägen zum zukünftigen EU-Haushalt ausdrücklich, dass sie der derzeit angespannten Lage der nationalen Haushalte Rechnung tragen will. Das Haushaltsvolumen soll demnach nominal nur geringfügig ausgeweitet werden (+3,2 v.H.). Wenn man zudem die künftige Preisentwicklung und das Wirtschaftswachstum berücksichtigt, würde der Haushaltsumfang hingegen sogar zurückgehen; der Anteil am Bruttoinlandsprodukt der europäischen Staaten sinkt von 1,12 v.H. auf 1,05 v.H. Jedoch sollen in verstärktem Maße Großprojekte, wie das Erdbeobachtungsprogramm GMES, außerhalb des Finanzrahmens geführt werden, was zu einer augenscheinlichen Unterschätzung des tatsächlichen Mittelbedarfs führt. Ein höherer Mehrwert für die Bürger soll insbesondere durch eine Neuausrichtung der Ausgaben erreicht werden. Finanzieller Freiraum soll dabei in erster Linie durch eine Reduzierung der Agrarmittel, dem bisher größten Ausgabenfeld, geschaffen werden (-9 v.H.). Ansteigen sollen hingegen die Ressourcen, die etwa den Ausgabebereichen Forschung und Innovation oder dem Ausbau der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze zur Verfügung stehen. Geringe Veränderungen sind für den

Umfang des derzeit zweitwichtigsten Haushaltspostens, der Kohäsionspolitik, angedacht. Aus deutscher Sicht dürften jedoch die Rückflüsse der Strukturpolitikfonds an die ostdeutschen Bundesländer deutlich abnehmen, da deren Wohlstand die Berechtigungsgrenzen für die Höchstförderung inzwischen überschritten hat.

Für Konfliktstoff in den Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs dürften insbesondere die Vorschläge der Kommission zur Reform der Einnahmeseite sorgen. Diese sehen vor, dass die bestehende Finanzierung, die überwiegend über staatliche Beitragszahlungen geschieht, teilweise ersetzt wird, indem der EU eigene Mittel in Form von EU-Steuern zugestanden werden. Dieses soll in der Form einer europäischen Finanztransaktionssteuer sowie eines Aufschlags von bis zu 2 v.H. auf die nationale Mehrwertsteuer umgesetzt werden. Die Kommission betont zwar, dass diese neuen Eigenmittel für die Mitgliedstaaten aufkommensneutral sind, da ihre Beitragszahlungen in identischer Höhe abgesenkt werden würden, und dass dies keinen Vorstoß zu einer europäischen Steuersouveränität bedeuten würde. Allerdings sind ähnliche Vorstöße in der Vergangenheit bereits in vielen Mitgliedstaaten auf heftigen

Widerstand gestoßen. Ähnlich kontrovers dürfte die vorgeschlagene Abschaffung des sogenannten „Brittenrabatts“ sein. Dieser bereits von Margaret Thatcher ausgehandelte Korrekturmechanismus sorgte bisher für eine Begrenzung der Eigenmittelzahlungen des Vereinigten Königreiches. Er soll in ein System jährlicher Pauschalrabatte überführt werden, von dem neben dem Vereinigten Königreich auch weitere Nettozahler, unter anderem Deutschland, profitieren. Dieser Vorschlag ist zweifellos ein Fortschritt, da er zu einer stärkeren Gleichbehandlung der Nettozahler beiträgt. Jedoch ist zu bezweifeln, dass die britische Regierung bereit sein wird, auf den Großteil ihrer derzeitigen Rabattzahlungen zu verzichten.

Diese Vorschläge der Kommission werden in den kommenden Monaten die Grundlage für die weiteren Verhandlungen darstellen, an deren Ende nicht nur sämtliche Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat zustimmen müssen, sondern auch das Europäische Parlament. Gerade letzteres dürfte eine wesentlich aktivere Rolle in den Verhandlungen beanspruchen als in vergangenen Haushaltsverhandlungen. Dieses zeigt sich bereits darin, dass sich die Parlamentarier erstmals schon mehrere Wochen vor dem Kommissionsvorschlag positioniert haben. So forderten sie mit Zweidrittelmehrheit einen deutlichen Anstieg der finanziellen Mittel um mindestens 5 v.H., die Abschaffung sämtlicher Rabatte für Nettozahler sowie eine EU-Steuer.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: busl@zew.de
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011